

## Fadegrad



von  
Stefan Urech

## Über Freisinn, Gemeinsinn und Irrsinn

Ich staunte nicht schlecht, als ich kürzlich in der NZZ las, dass Andri Silberschmidt, der neue Shooting Star des Zürcher Jungfreisinns, sich eine zukünftige Zusammenarbeit mit der SVP schlecht vorstellen könne. Diese sei nämlich zu staatsfremd und zu wenig liberal. Früher hätte ich dem FDPler diese erzliberale Haltung vielleicht noch abgekauft. Nachdem ich die Freisinnigen nun aber während etwas mehr als zwei Jahren im Zürcher Gemeinderat live erlebt habe, hat sich mein Bild von den angeblichen Liberalen verändert.

Nicht zuletzt in der Budgetdebatte zeigte sich nämlich, dass der staatliche Aufgabenkatalog der FDP weit grösser ist als derjenige der SVP. Dazu gehört gemäss «liberalem» Gedankengut à la FDP beispielsweise ein Sekten-Informations-Büro, ein Informationszentrum für «Dritte-Welt-Frauen», eine telefonische Helpline für Homosexuelle, «Fanarbeiter» zur Begleitung von GC- und FCZ-Fans an die Spiele, ein Verein namens «Pinocchio» zwecks Erziehungsberatung für Stadtzürcher Eltern und ein Theater an der Winkelwiese, das pro Monat etwa so gut besucht ist wie die Besuchertribüne im Rathaus an einem Mittwochnachmittag. Der FDP, die im Wahlkampf unter dem Leitwort «Gemeinsinn» die Freiwilligen- und Vereinsarbeit beschwört, fehlt im politischen Alltag leider immer wieder der Mumm, überflüssigen staatlichen Institutionen die Gelder zu streichen.

Bei obiger Aufzählung handelt es sich zwar um «kleine» Beträge zwischen 10 000 und 250 000 Franken. Die Budgetdebatte dieses Jahr war aber bloss eine Ouvertüre zur Symphonie, die vor zwei Wochen im Rathaus gespielt wurde. Unter dem Dirigenten Daniel Leupi (grüner Finanzvorsteher) spielte die erste Geige bei der Verstaatlichung der Tonhalle und dem Schuldenerlass für die finanziell ruinierte Trägerschaft. Ganz im griechischen Stil erliess die ach so staatskritische und liberale FDP der Tonhalle rund 80 Millionen Franken Schulden und stimmte der Umwandlung von einer privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft zu. Diese staatliche Komposition kommt dem Steuerzahler teuer zu stehen: sie kostet nämlich eine Viertelmilliarde. SVP-Stadtparteipräsident Roger Liebi wies zudem darauf hin, dass der jährlich wiederkehrende Beitrag an das Orchester mit 19,5 Millionen rund 7 Millionen höher ausfällt als die jährlichen Subventionen des Wiener Stadtparlaments für sein weltberühmtes Ensemble. In den Medien profiliert sich die FDP gern als Heldin gegen überflüssige Bürokratie, um dann im politischen Alltag das pure Gegenteil zu vertreten. Ich bin stolz auf die SVP, die als momentan einzige bürgerliche Partei nicht Wasser predigt und dann, wenn es darauf ankommt, doch lieber den feinen Wein einschenkt, sondern ihren liberalen Werten treu bleibt, auch wenn es mal ans Eingemachte geht.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Mehr Naturwissenschaften und weniger Sozialwissenschaften

An der Gemeinderatssitzung von dieser Woche ist über zwei Postulate debattiert worden, die wieder einmal deutlich machen, wie die Sozialwissenschaften Ideologie statt Wissenschaft betreiben.



Roberto Bertozzi  
Gemeinderat SVP  
Zürich 11

Bei den Postulaten geht es um die «Städtische Mütter- und Väterberatung» und um «Ausserfamiliäre Betreuungseinrichtungen».

In beiden Postulaten verlangen die Initianten, dass der Stadtrat prüfen soll, wie mit geeigneten Massnahmen der Anteil von männlichem Personal erhöht werden kann. Zielvorgabe ist, dass Männer und Frauen in den genannten Institutionen mit je mindestens 35 Prozent vertreten sein müssen, was heute nicht der Fall ist, da die Gruppe der Männer untervertreten ist.

Als Begründung für ihre Forderung geben die Initianten an, dass es aus Sicht der Gleichstellung der Geschlechter wünschens- und erstrebenswert ist, den Männeranteil in den vorgeannten städtischen Institutionen zu erhöhen. Damit möchte man unter anderem die bestehende Zementierung der Rollenmuster in der Gesellschaft entgegenwirken und erreichen, dass Männer mehr Mitverantwortung in typischen Frauenberufen übernehmen.

Zudem sind Frauenberufe «prima Männerberufe» – nur wissen es die Männer noch nicht! Wenn das wirklich so ist, fragen wir uns, wieso es heute nicht mehr Männer in diesen «Frauenberufen» gibt?

Im Grundsatz ist es begrüssenswert, wenn beide Geschlechter in etwa gleicher Anzahl in den verschiedenen Berufen vertreten sind. Dies schafft einen gesunden Ausgleich der Kräfte, indem sich Frauen und Männer nicht nur privat, sondern auch beruflich ergänzen. Beachten muss man aber, dass jeder Beruf spezielle Anforderungen an die persönliche Eignung stellt, damit dieser gut ausgeführt werden kann. Dabei spielen die biologischen Anlagen eine zentrale Rolle.

Die biologische Anlage determiniert, inwieweit jemand für einen Beruf geeignet ist oder nicht. Primär ist es nicht ausschlaggebend, ob eine Frau oder ein Mann einen bestimmten Beruf ausübt, sondern, dass der Bewerber oder die Bewerberin die erforderlichen Talente und Begabungen, die für die zu besetzende Stelle relevant sind, mitbringt. Dennoch gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede, die durch die Evolution entstanden und zu berücksichtigen sind. Dies erklärt dann auch, wieso die Frauen in den vorgeannten Institutionen übervertreten sind. Im Einzelfall kann es aber durchaus sein, dass ein Mann für einen typischen Frauenberuf besser geeignet ist als eine Frau. Trotzdem wird es auch in Zukunft so sein, dass Frauen wie Männer in gewissen Berufen einseitig übervertreten sein werden.

### Forschungs- und Bildungskredite für die Sozialwissenschaften kürzen

Im Gegensatz zu den «roten» Wissenschaften, den Sozialwissenschaften, auf die sich die Initianten mit ihren Postulaten zur Gleichmachung der Geschlechter stützten, stützt sich das Menschbild der SVP auf die Naturwissenschaften. Geschlechtsunterschiede sind biologisch bedingt. Menschen kommen nicht als «Tabula rasa» bzw. als unbeschriebenes Blatt auf die Welt, so wie es die Linken gerne hätten, weil die Menschen dann beliebig formbar wären, sondern mit einer bestimmten Persönlichkeit, die im Laufe des Lebens nur bedingt veränderbar ist.

Eine fixe Männerquote einzuführen bedeutet demzufolge, in Kauf zu nehmen, einem Mann den Vorrang zu geben, nur weil er Mann ist, auch wenn eine Frau besser für den Beruf qualifiziert ist. Das ist falsch und widerspricht dem gesunden Menschenverstand! Wer das Gegenteil behauptet, handelt nicht wissenschaftlich, sondern ideologisch! Denn Wissenschaft beruht auf Wahrheit – Ideologie auf Ideen, die sich allzu oft als Luftschlösser entpuppen und Wunschdenken bleiben, weil sie nicht die Realität abbilden.

Die schädliche Wirkung der Sozialwissenschaften auf Wissenschaft und Gesellschaft ist heute allgegenwärtig spürbar.

Beispiele dafür sind die Abwertung der Sinnesorgane unter dem Vorwand der Unzuverlässigkeit, was letztlich nicht anderes bedeutet, als das Individuum abzuwerten. Gleichzeitig haben sich die Sozialwissenschaften der «Werturteilsfreiheit» verschrieben, obwohl sie selbst werten – nur falsch –, weil es eine ideologische und nicht eine wissenschaftliche Wertung ist! Werten ist sinnes- und neurophysiologisch verankert und deshalb unvermeidbar. Das Gegenteil zu behaupten, ist unwissenschaftlich! Die Bemühungen müssen darauf beruhen, wie man richtig wertet! Und dafür sind die Sinnesorgane

und die darauf beruhende Menschenkenntnis unverzichtbar.

Seit dem «Sturm der Hochschulen» in den 1970er-Jahren durch die Linken, verbreiten die «roten» Sozialwissenschaften in sektiererischer Art und Weise ihre gleichmachende Ideologie unter dem Deckmantel der Wissenschaft wie ein Virus in der Gesellschaft aus. Die bürgerlichen Parteien kapitulierten vor der roten Übermacht. Seitdem finanzieren Bund und Kantone die linke Propagandamaschinerie an den Hochschulen jährlich mit Hunderten von Millionen Franken. Erst seit Kurzem regt sich dagegen Widerstand an.

Diesem Gebaren ist endlich entschieden entgegenzutreten, indem die Sozialwissenschaften an den Hochschulen eingeschränkt werden! Mit Kürzungen der Forschungs- und Bildungskredite auf Bundesebene oder mit der Einführung eines Numerus clausus.

JA zur Ausschaffung krimineller Ausländer  
www.Durchsetzungs-Initiative.ch

## FRAKTIONSERKLÄRUNG

## Hohn statt Lösungsstrategien

Wöchentlich, ja täglich, erreichen uns Meldungen zu Straf- und Gewalttaten aus verschiedenen europäischen Ländern. Zunehmend auch aus der Schweiz und häufig von Straftätern ausländischer Herkunft verübt.



Martin Götzl  
Gemeinderat  
Fraktionschef SVP  
Zürich 11

Dies belegen zahlreiche Statistiken zu Gewaltverbrechen sowie die kantonalen Vollzugsbelegungszahlen deutlich. Die SVP weist seit Jahren auf diese Entwicklung hin. Entsetzt nehmen wir von Vorfällen wie in Paris, in Köln, in Weil am Rhein, in Salzburg und anderen Ortschaften Kenntnis.

Auch Zürich wurde von Gewalttaten «neuer Dimension» eingeholt, mit zuspitzenden Tatbeständen in den letzten Wochen. Der Stadtrat – schweigend! Am 28.02.2016 stimmt das Volk über eine eidgenössische Vorlage ab: die Durchsetzungsinitiative.

Diese Abstimmung steht in Bundeskompetenz. Gleichwohl schaltet sich der Gesamtstadtrat von Zürich in den Abstimmungskampf ein.

Der Stadtrat von Zürich positioniert sich gegen die Durchsetzungsinitiative. Befremdend und unverständlich ist, dass der Stadtrat zahlreiche sicherheitsrelevante Fragen zu beantworten hat und dies nicht tut. Antworten – keine. Statements – keine. Strategie – keine. Dies ist aufgrund des Schweigens anzunehmen. Opfer und Geschädigte werden mit Hohn übersät.

Stattdessen engagiert sich der Gesamtstadtrat im Abstimmungskampf zur «Ausschaffung krimineller Ausländer». Dies mit einer Medienmitteilung und auch auf der offiziellen Webseite

der Stadt Zürich. Der Stadtrat argumentiert unter anderem mit «Zürich begegnet allen Menschen mit Respekt und pflegt ein gutes Verhältnis mit seinen Nachbarn». Mit Verlaub, wo bleibt der Respekt gegenüber den Opfern?

Und, geschätzte Damen und Herren, ist es wirklich die Aufgabe des Stadtrates, sich aktiv in einen eidgenössischen Abstimmungskampf einzuschalten. Oder ist es vielmehr die Aufgabe einer Stadtregierung, Antworten und Strategien vorzugeben, wie die aktuellen Herausforderungen der Stadt gelöst werden können?

In mehreren politischen Vorstössen hat die SVP Ihre Bedenken und Ihre Forderungen positioniert. Es ist offensichtlich, dass sich der Stadtrat hüten wird, die offenen Fragen vor dem 28.02.2016 zu liefern. Stattdessen heizt der Stadtrat die Sicherheitsbedenken weiterhin an. Asylunterkünfte in dicht besiedelten Gebieten werden realisiert und die Bevölkerung wird kurzfristig vor vollendete Tatsachen gestellt.

Kürzlich wurden einige «Schlüsselpersonen aus dem Quartier» zur jeweiligen Veranstaltung eingeladen. Im Kreis 1 und 9 finden diese infolge weiterer geplanter Asylunterkünften statt. Fehlende Sicherheitsstrategie. Intransparenz. Hohn mit aktivem Eingriff in den Wahlkampf. Das Volk hat nun die Möglichkeit, eine Antwort zu geben. Mit einem JA zur Durchsetzungsinitiative und dem konsequenten Ausschaffen krimineller Ausländer. Opferschutz vor Täterschutz.

So wie es der Volkswille schon einmal gefordert hat. Und im Sinne der inneren Sicherheit.

## Lichtmess

### traditioneller Anlass unter freiem Himmel der SVP Zürich-Schwamendingen

- ▶ offerierte Heissgetränke, Pot-au-feu und Servelas zum Selberbräteln
- ▶ Vortrag **Frauenchor Schwamendingen**
- ▶ Referate alt Nationalrat **Hans Fehr** und Präsident Junge SVP Zürich **Pascal Theiler**



Samstag, 30. Januar 2016 ab 14:00 Uhr  
**Aussichtspunkt Waldrand „Ziegelhöhi“**  
Hüttenkopfstrasse (oberhalb Restaurant Ziegelhütte), Zürich

Unabhängig bleiben  
www.svp-schwamendingen.ch

